

Quelle Die Welt vom 25.10.2010
Seite 10
Nummer 249
Ressort WIRTSCHAFT
Autor Stefan von Borstel
Philipp Neumann
Copyright © Axel Springer AG

"Dieses Sparpaket ist nicht gerecht"

Die Vorsitzende des GKV-Spitzenverbands, Doris Pfeiffer, über die Gesundheitsreform, den angeblichen Mediziner-mangel und Arztrechnungen für Patienten

Die Krankenversicherung wird teurer, Medikamentenpreise werden gedeckelt, nur die Arzthonorare steigen. Am 1. Januar 2011 soll die Gesundheitsreform in Kraft treten. Die Vorsitzende des Spitzenverbands der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV), Doris Pfeiffer, erläutert, warum sie von den Plänen wenig hält.

DIE WELT:

Frau Pfeiffer, heute hört der Bundestag die Meinung von Experten über die Gesundheitsreform. Wie lange wird das Geld reichen, bis die nächste Reform kommen muss?

Doris Pfeiffer:

Das Geld reicht nächstes Jahr auf jeden Fall. Für Versicherte und Arbeitgeber bringt die Reform aber eine enorme Belastung, sie müssen nach der Beitragserhöhung sechs Milliarden Euro mehr zahlen. Die Regierung hätte auf der Ausgabenseite mehr sparen müssen. **Wo hätte Gesundheitsminister Philipp Rösler den Rotstift ansetzen müssen?**

Pfeiffer:

In den letzten Jahren sind Milliardenbeträge an Ärzte und Krankenhäuser geflossen. Jetzt bekommen die Ärzte sogar noch weit über eine Milliarde Euro mehr. In beiden Bereichen hätte es eine Nullrunde geben müssen.

Aber die Pharmaindustrie wird doch zur Kasse gebeten.

Pfeiffer:

Richtig. Die von Rösler verordneten Rabatte bringen viel Geld. Auch die künftigen Preisverhandlungen für neue Arzneimittel führen zu Einsparungen. Diese Preisverhandlungen werden aber frühestens 2012 wirken.

Der Minister hat gesagt, die Lasten seines Sparpakets würden gerecht verteilt. Hat er dieses Versprechen gebrochen?

Pfeiffer:

Dieses Sparpaket ist nicht gerecht. Die Beitragszahler werden einseitig belastet. **Die schwarz-gelbe Koalition hatte eine neue Finanzierung der Krankenversicherung angekündigt. Und dann steigen wieder nur die Beiträge. Hat Sie das überrascht?**

Pfeiffer:

Ja, und zwar deshalb, weil es die dritte große Beitragssteigerung in vier Jahren ist. 2006 mussten die Kassen den Beitragssatz um 0,6 Punkte erhöhen. Dann gab es zum Start des Gesundheitsfonds 2009 eine Erhöhung um 0,5 Punkte und jetzt um 0,6 Punkte.

Warum nehmen die Versicherten das so klaglos hin?

Pfeiffer:

Das überrascht mich auch. Der Ärger wird noch kommen, wenn die Erhöhung im Januar auf dem Gehaltszettel sichtbar wird.

Ist es richtig, dass die Patienten verschont bleiben?

Pfeiffer:

Die Patienten zahlen bereits heute einen Anteil für Medikamente und Zahnersatz und außerdem die Praxisgebühr. Das sind Milliardenbeträge. Die Erfahrung zeigt, dass Selbstbeteiligungen und Zuzahlungen nur dann die Behandlungskosten begrenzen, wenn sie so hoch gesetzt werden, dass sie sozial nicht mehr verträglich sind. Wenn Menschen notwendige Behandlungen unterlassen, um zu sparen, kann das fatale Konsequenzen haben.

Die Ärzte wollen einen Honorarnachschlag über 175 Millionen Euro. Ist das nachvollziehbar?

Pfeiffer:

Die Ärzte bekommen doch schon eine Milliarde Euro dazu. Ich kann nicht erkennen, warum man jetzt noch einmal 175 Millionen drauflegen sollte. Wir haben ein grundsätzliches Problem. Mit der letzten Honorarreform wollte man

die Ärzte in Ostdeutschland besser stellen. Daraufhin wurde ein bundeseinheitliches Vergütungssystem eingeführt. In der Vergangenheit hat es immer Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen, aber auch zwischen den unterschiedlichen Facharztgruppen gegeben. Es war klar, dass es mit einem bundeseinheitlichen System nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer geben würde. Jetzt sollen die Ärzte, die beim letzten Mal weniger bekommen haben, mehr bekommen. Dieses Spiel kann man endlos fortsetzen. Wer jetzt weniger bekommt, kann beim nächsten Mal wieder mehr fordern. So kann man sich immer weiter nach oben schaukeln. Das Bittere daran ist: Das müssen alles die Beitragszahler finanzieren.

Warum fühlen sich Ärzte so ungerecht bezahlt?

Pfeiffer:

Das Gefühl der Ungerechtigkeit hängt davon ab, mit wem man sich vergleicht. Die Ärzte haben in der Vergangenheit weit überdurchschnittliche Einkommen erzielt. Im Vergleich dazu fallen die heutigen Einkommen geringer aus. Die Zahl der niedergelassenen Ärzte ist zudem seit Anfang der 90er-Jahre mehr als 30 Prozent gestiegen. Der Topf für das Honorar konnte nicht im gleichen Umfang größer werden. Aber immer noch haben Ärzte überdurchschnittliche Einkommen. Nach der Einkommensteuerstatistik liegen sie bei den freien Berufen weit vor Steuerberatern, Rechtsanwälten oder Architekten.

Die Ärzteschaft begründet höhere Honorarforderungen mit dem Ärztemangel auf dem Land. Der Arztberuf sei nicht mehr attraktiv für junge Leute.

Pfeiffer:

Es gibt keinen generellen Ärztemangel. Wir haben so viele Ärzte wie noch nie. Wir haben ein Verteilungsproblem. In

überversorgten Regionen haben wir 25 000 Ärzte zu viel, in unterversorgten Gegenden - vor allem auf dem Land - fehlen 800 Mediziner.

Wie wollen Sie den Ärztemangel auf dem Land lindern?

Pfeiffer:

Nur mit mehr Geld lässt sich das Problem nicht lösen. Die Erfahrung zeigt, dass finanzielle Anreize wenig bewirken, um einen Mediziner aufs Land zu locken. In Regionen, wo es Probleme gibt, müssen z. B. die Kommunen mitarbeiten. Da geht es um Fragen wie: Welche Schulen gibt es für die Kinder? Wie sieht das kulturelle Angebot aus? Da macht es wenig Sinn, dass die Kassen immer mehr Geld über den Tisch schieben.

Rösler will mehr Kostenerstattung, um die Transparenz im Gesundheitswesen zu erhöhen. Sie auch?

Pfeiffer:

Auch wir wollen Transparenz - nur ist die nicht zwangsläufig an eine Kostenerstattung gekoppelt. Kostenerstattung ist hoch problematisch. Die Krankenkassen können die Versorgung dann nicht mehr über Vereinbarungen mit Ärzten steuern, in denen Regeln zur Qualität und Wirtschaftlichkeit vereinbart werden. Wir sehen gerade bei den

Privatversicherungen, dass es große Probleme bei den Ausgaben gibt. Der große Vorteil unseres Systems ist, dass sich der Versicherte keine Gedanken darüber machen muss, ob er sich eine Behandlung leisten kann oder nicht.

Wie kann das Kostenbewusstsein der Patienten dennoch erhöht werden?

Pfeiffer:

Die Patienten können schon heute eine Quittung über ihre Behandlungskosten bekommen. Das dient der Transparenz, spart aber kein Geld. Entscheidend ist doch die Frage, wie das System gesteuert wird. Wer mit Schmerzen oder Beschwerden zum Arzt geht, ist nicht in der Lage, über die Behandlung oder den Preis dafür zu verhandeln. Sie können das als Laien auch nicht.

Ist es gut, wenn die Krankenkassen immer stärker aus Steuern finanziert werden?

Pfeiffer:

Die Krankenkassen - oder genauer: der Gesundheitsfonds - werden jetzt zu etwa zehn Prozent aus Steuern finanziert. Das ist so viel wie nie. Wenn die Steuerzuschüsse wieder gestrichen werden, müssen die Beiträge steigen. Vor allem aber muss die Regierung endlich klipp und klar festschreiben, dass der Sozialausgleich für die Zusatzbeiträge immer

über Steuern finanziert wird. Ist das nicht der Fall, wird der Sozialausgleich allein von den Versicherten gezahlt - nämlich über genau die Zusatzbeiträge, die ja sozial ausgeglichen werden sollen. Das darf nicht sein.

Rösler ist ein Jahr im Amt. Welche Unterschiede stellen Sie zu Ulla Schmidt fest?

Pfeiffer:

Persönlich ist der Minister ein angenehmer, weil sehr sachlicher Gesprächspartner. Er will nicht auf Biegen und Brechen theoretische Ideen im Gesundheitswesen umsetzen, sondern ist sehr pragmatisch.

Und in der Sache?

Pfeiffer:

In der Sache sind die Unterschiede nicht so groß, das hat mich erstaunt. Der Minister hat die Beiträge erhöht, wie Ulla Schmidt es vermutlich getan hätte. Er hat auch die Arzneimittelpreise stark reguliert. Beunruhigend finde ich, dass vor allem die Ärzte gefördert werden. Dass die private Krankenversicherung von dieser Regierung profitiert, habe ich erwartet.

Das Gespräch führten Stefan von Borstel und Philipp Neumann

Abbildung GKV-Vorsitzende Doris Pfeiffer pa/Karlheinz Schindler

Abbildung Patient in der Praxis - wenn es nach Gesundheitsminister Rösler geht, sollen Kranke das Geld für ihre Behandlungskosten vorstrecken dapd/Mario Vedder

